

* (Die Kriegerheimstättenfürsorge auf der österreichischen Wohnungskonferenz.) Durch den Ausbruch des Weltkrieges sind auch der Wohnungspolitik neue Aufgaben erwachsen. Da es sich hier um Fragen handelt, die in der Öffentlichkeit regem Verständnis begegnen, dürfte die Vierte österreichische Wohnungskonferenz, welche unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Dr. Franz Klein, Ministers a. D., im Jänner kommenden Jahres tagen wird, und eine Ausdrucksache aller Interessenten ermöglichen soll, zu wichtigen Ergebnissen führen. Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen wird die Schaffung von Kriegerheimstätten stehen. Das Problem soll sowohl vom Standpunkte der inneren Kolonisation behandelt werden, als auch die Versorgung der heimkehrenden Krieger ins Auge fassen. Von den verschiedensten Seiten sind auf diesem Gebiete Bestrebungen zutage getreten, sind Anträge und Vorschläge erstattet und Pläne ausgearbeitet worden: es wird somit erforderlich sein, einheitliche Grundsätze einerseits für die Beschaffung gesunder Wohnstätten für städtische Invaliden aufzustellen, anderseits jene Formen für eine Ansiedlung der der Landbevölkerung entstammenden Krieger zu bestimmen, die der Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion dienlich sind. Diese Grundsätze werden zu konkreten Vorschlägen führen, in welcher Weise unsere Gesetzgebung die für diese Zwecke erforderlichen neuen Rechtsinstitute (Heimstättenrecht) regeln soll. Ferner werden auf die Tagesordnung zwei weitere Fragen gesetzt werden, die im Kreise der Wohnungsreformer schon lange erörtert werden, aber unter den gegebenen Umständen besonderer Beachtung wert sind: die Einführung einer allgemeinen Wohnungsinspektion und die Lösung der Kreditfrage für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Als Geschäftsstelle der bevorstehenden Wohnungskonferenz fungiert die Zentralfstelle für Wohnungsreform (9. Bezirk, Peregringasse Nr. 2).